

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Einzelheft 10 Pf. monatlich 1.20 Mk.  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus  
 einschließlich Einzelheft Sonntags-  
 nummeren 6 Pf. Sonntagsnummer  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Goldpreis: Monatlich  
 1.20 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 1.20 Mk. für das übrige Ausland 4 Pf.  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 in Danemark, Holland, Ungarn,  
 Schweden u. die Schweiz, Genötungen  
 in der Postzeitungs-Veranstaltung.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 Belegt: die Nebengeldspalten Kolonien-  
 zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das festgedruckte Wort 10 Pf. (zu-  
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellengelände  
 und Stellenangelegenheiten das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Preisangabe 30 Pf.  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gesellschaftliche Berichts-  
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr vormitt. im Druckgeschäft,  
 Berlin, E. B. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Schließt am 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 27. November 1917. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 99-151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 99-151 97.

# Trotzki enthüllt die Ententeverträge.

Petersburg, 23. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki hat eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten veröffentlicht, die sich sowohl auf die Zeit des zaristischen Regimes im Jahre 1915 als auch auf die Zeit der Koalitionsministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierung hat, sagt Trotzki, die Geheimdiplomatie mit ihren Mäkten, Chiffren und Lügen abgeschafft. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unverzüglich einen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker beruhenden Frieden erlangen. — Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Äußereren Sazonow macht die

## Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel

die Westküste des Bosphorus, des Marmarameers und der Dardanellen, auf Südsibirien bis zur Linie Enos-Midia, die asiatische Küste und die Inseln der Marmarameeres sowie die Inseln Imbros, Tenedos geltend. Die Verbündeten haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, denen die russische Regierung zugestimmt hat. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Rußland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde wie das der Befassung der heiligen Stätten Arabiens unter muslimanischer Oberhoheit und der Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre.

Rußland war bereit, alle Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. In Persien feilschte Rußland für sich um Nahons in den Städten Ispahan und Teheran.

Was die Festlegung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, bewahren sich die beiden Teile volle Handlungsfreiheit. Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen unser Ministerium zustimmte. Elsass-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben einschließlich der Eisen- und Kohlenbergengebiete. Die am

## linken Ufer des Rheins

gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit seitens Deutschlands frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein. — Das Merkwürdigste sind die Telegramme Terestschenkos. Es ist darin die Rede davon, daß die Völkervereinigung Englands, Italiens und Frankreichs bei Kerenski erschienen seien und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Armeeschlagfertigkeit zu machen. Dieser Versuch, sich in die Angelegenheiten Rußlands einzumengen, war der Regierung peinlich. Terestschenko hat den russischen Botschafter in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitzuteilen, daß die russische Regierung die Reserve des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch anschlage. — Ebenso interessant sind die Informationsgramme. Terestschenko sprach von Ruheständnissen, die das Bürgerertum den rechtsstehenden Sozialisten gemacht hat. Er verkündet, daß die Ruheständnisse ihren Wert verlieren, da die Führer der gemäßigten Sozialisten in weitestgehendem Maße ihren Einfluß auf die von der äußersten Linken mitgetragenen Massen verloren haben. Terestschenko erklärt, daß die Rolle des Vorparlaments eine große sein werde, und daß es bis zum nächsten Augenblick die verfassunggebende Versammlung erlangen werde. Obwohl in der Zusammenkunft des Vorparlaments die Sozialisten die Mehrheit haben, werden die gemäßigten Parteien der äußersten Linken Widerstand zu leisten vermögen, weil die gemäßigten Sozialisten im Einvernehmen mit den liberalen Parteien vorgehen werden.

Trotzkis Veröffentlichungen beschäftigen die Entwürfe über die Eroberungspläne der Entente, mit denen die deutsche Regierung im Sommer dieses Jahres die Welt überrascht hat. Aber während sich damals die französische Regierung mit allerhand Ausflüchten herauszureden suchte, ist jetzt jegliches Abzulegen unmöglich geworden. Es steht jetzt fest, daß Rußland die europäische Türkei, die übrige Entente die asiatische als Beute für sich beansprucht haben. Und feststeht, daß Frankreich außer der Rücknahme Elsass-Lothringens mit dem Plane umgegangen ist, das gesamte linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen und die deutsche Land zu einem französischen Vasallenstaat zu machen.

## Die Entente sucht einzuschüchtern

Die Volksetwiliregierung bleibt fest.

Wien, 26. November. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Korresp.-Bureaus.) General Duchonin hat an die Vertreter der Entente Staaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Entente Staaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Sonderwaffenstillstand schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterstehenden Kommanden, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Volksetwiliregierung an der Macht bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, Trotzki, auf diese Mitteilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Notizen an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmassnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Ägide der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: Nieder mit den Geheimverträgen und diplomatischen Mäkten!

## Für und wider eine Koalitionsregierung in Rußland.

Amsterdam, 26. November. Einem hiesigen Blatte wird aus Petersburg vom 23. November gemeldet, daß die Armeekomitees an der Front dem maximalistischen Kabinett die Bildung eines homogenen sozialistischen Kabinetts vorschlagen, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und mit den Alliierten über die Friedensbedingungen zu verhandeln. — Die Vertreter der alliierten Länder haben beschlossen, in Petersburg zu bleiben. — Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge veröffentlicht die Kadettenpartei eine Erklärung, daß die Friedensvorschlüsse der Volksetwiliregierung nicht als ein Ausdruck des Willens des russischen Volkes betrachtet werden können. Demselben Blatte zufolge meldet „Daily Chronicle“ aus Petersburg, daß die Volksetwiliregierung den Obersten Murawjew zum Kriegsminister ernannt haben. Ein Versuch Tschernows, eine Koalitionsregierung zu bilden, mißglückte wegen mangelnder Unterstützung von Seiten des Armeekomitees. Tschernow ist der radikale Führer der „Partei der Sozialisten-Revolutionäre“, der im vorletzten Koalitionsministerium Kerenskiis Landwirtschaftsminister war. Er hat sich den größten Anfeindungen der bürgerlichen Parteien ausgesetzt, weil er konsequent auf die Auslieferung des gesamten Landbesitzes hinarbeitete. Es ist sehr bezeichnend, daß er jetzt für eine Koalitionsregierung eintritt.

Washington, 26. November. („Central News“-Meldung.) Der russische Botschafter Godymetjew ist zurückgetreten, bleibt aber vorläufig in Washington.

## Abreise des englischen Botschafters.

Kopenhagen, 26. November. „Nationaltidende“ meldet aus Kopenhagen: „Dansk Tidende“ meldet: Die englische Botschaft ist am 23. November von Petersburg abgereist und soll auch durch Wiborg gekommen sein; seitdem hat man aber nichts mehr von ihr gehört. Es wird angenommen, daß der Ruq in Finnland zurückgehalten wird. — Das Blatt „Djen“ teilt mit, daß die Maximalisten die Goldreserven der Staatsbank beschlagnahmt haben.

## Die Aufnahme der Wahlrechtsvorlage.

Die Aufnahme der Wahlrechtsvorlage in der Presse muß der Regierung zeigen, daß auf dem Wege des Kompromisses nichts zu erreichen ist. Die Regierung glaubte offenbar, die Vorlage den bisherigen Wahlrechtsgegnern schmählicher machen zu können, indem sie die Allgemeinheit der Wahlberechtigung kräftig beschnitt, die Stellung des Herrenhauses zu erhöhen suchte und die budgetrechtlichen Befugnisse der neuzubildenden Volkstammer einschränkte. Dadurch sollte eine größere Anzahl von Abgeordneten für die Erklärung gewonnen werden, so, wie sich das gleiche Wahlrecht im Entwurf der Regierung präsentiere, sei es auch für sie annehmbar, und die Reubefehlten sollten dann helfen, die Mehrheit für die Verwirklichung des Reformplans zustande zu bringen.

Nach dem Wille, das man aus dem Spiegel der Presse erhält, scheinen solche Erwartungen hinfällig. Scharf scheiden sich die Gegensätze, und eine Stimme der Vermittlung wird nirgends laut. Während man sich aber von rechts her in Verurteilungen überbietet, herrscht links keineswegs eine Stimmung der reinen Genugtuung und Befriedigung. Da ist kein Blatt, das den Rat hätte, zu erklären: So wie sie ist, ist die Vorlage gut, und so muß sie angenommen werden.

Von links wird an den Wahlrechtsbeschränkungen scharfe Kritik geübt. Von rechts aber wird erklärt, daß diese Beschränkungen gar keine Bedeutung hätten und nicht instand zu setzen, die gefürchtete Demokratisierung Preußens aufzuhalten. In diesem Urteil von beiden Seiten ist zweifellos viel richtiges. Später, wenn wir mit einer längeren Dauer der Friedenszeit wieder zu stabilen Verhältnissen gelangt sein werden, wird die Klausel des einjährigen Wohnsitzes nur einen geringen Teil der Staatsbürger von der Urne fernhalten und an den Wahlergebnissen wenig ändern. Bei den ersten und vielleicht noch den zweiten Wahlen nach dem Kriege wird aber eine gewaltige Verschiebung der Bevölkerung im Gange sein: Industrien werden sterben, andere aufblühen, Orte ohne unbebautes Hinterland werden stagnieren, andere durch Anlage neuer Wohnviertel empornachsen, der einzelne Staatsbürger wird aber seinen Sitz dort aufschlagen müssen, wo ihm für die verloren gegangene neue Erwerbs- und Wohnmöglichkeit winkt. Die ohnehin ansehbare Auffassung, daß der politische Wert eines Staatsbürgers von dem Grade seiner Sehaftigkeit abhängt, verliert den letzten Rest von Berechtigung.

Man muß nur — und diesen Gedankengang führt auch Dr. Michaelis im „Berl. Tagebl.“ aus — an die Kriegsteilnehmer denken, um die Unhaltbarkeit der geplanten Wahlrechtsbeschränkungen einzusehen. Gerade die Kriegsteilnehmer werden durch die Wohnsitzklausel am schwersten getroffen, da für sie die Aussicht, ihren alten Wohnsitz behalten zu können, die aller schlechteste ist. Und unter den Kriegsteilnehmern sind wiederum die Kriegsbeschädigten am aller schlechtesten gestellt. Ihre Beschädigung zwingt sie zumeist zu einem Wechsel der Erwerbstätigkeit, der ohne einen Wohnsitzwechsel schwer durchführbar ist. Der Verlust eines Beins, eines Arms kann und wird in sehr zahlreichen Fällen auch den Verlust des Wahlrechts bedeuten! Der Sinn der Reform wird dadurch in sein gerades Gegenteil verkehrt. Offenlich wird die Regierung einsehen, daß sie da einen Mißgriff getan hat und wird sie der notwendigen Verbesserung der Vorlage wenigstens keinen Widerstand entgegensetzen. Die Aussichten der Reform werden dadurch nicht verächtlich, sondern nur verbessert werden. Denn den Abgeordneten möchten wir sehen, der die Vorlage in ihrer jetzigen Form für annehmbar hält, dem sie aber unannehmbar wird durch die Gewährung des Wahlrechts an diejenigen, die als Opfer des Krieges von der Scholle weggerissen worden sind!

Während sich ein Teil der konservativen Presse auf Klagen und Zetern und Anfeindungen des schärfsten Widerstandes beschränkt, verrät ein anderer, voran die „Deutsche Tageszeitung“, einen verdächtigen „positiven“ Arbeitseifer. Ein solcher Eifer, der mit einer fanatischen Gegnerhaft gegen das gleiche Wahlrecht gepaart ist, kann entweder nur ein Vorwand für Obstruktionsbestrebungen sein, oder er geht darauf aus, dem Volk für das vorgefallene gleiche Wahlrecht irgendeinen wertlosen Erfolg anzuhängen. Das trockene „Nein!“ wirkt dann lange nicht so empörend wie das heuchlerische „Ja“, und scharfer als der Versuch, sie gänzlich zerschanden zu machen, muß das Bestreben bekämpft werden, die Reform zu einem falschen, ihr innerlich fremden Ziel zu führen.

Besonderes Interesse erregt natürlich das Verhalten der Mittelparteien, von deren Stellung das Schicksal des Entwurfs abhängen wird. Abgesehen von der schwerliberalen Presse, die ganz im Stil ihrer konservativen Ge-

simungsgegnen rasi und löst, bewahren die mittelparteilichen Blätter eine Zurückhaltung, die der ungelärten Lage in ihren Parteien entspricht. Die linksliberale „National-Zeitung“ meint, ihre Landtagsfraktion werde vornehmlich an dem Fehlen des Proportionalwahlrechts für die Großstädte Anstoß nehmen. Nun ist nicht einzusehen, warum das Proportionalwahlrecht gerade in den Großstädten notwendig sein soll als anderswo, aber über diese Frage würde sich reden lassen, und gäbe es für die Vorlage keine anderen Hindernisse als nationalliberale Proporzwünsche, so käme sie bald über den Berg.

Ein Blick in die Presse zeigt aber, daß die Schwierigkeiten noch nicht überwunden und durch die Taktik der Regierung auch nicht einmal gemildert sind. Fallen jedoch die einschränkenden Bestimmungen und legt sich dann der ohnehin unentbehrliche gemeinsame Druck des Regierungswillens und der allgemeinen Volkstimmung für die Vorlage ein, dann wird es gehen!

Am „Berl. Tagebl.“ bezeichnet es Dr. Michaelis als den Prüfling der Wahlrechtsvorlage, welche Rechte sie den Kriegsteilnehmern verleiht:

„Sieht man sich die Vorlage von diesem Gesichtspunkt aus an, so wird man leider zu dem Ergebnis kommen müssen, daß gerade diejenigen preussischen Männer, die ihr Blut auf dem Felde der Ehre gekostet haben, durch die vorliegende Reformvorlage zurückgesetzt werden. Zunächst darf man nicht vergessen, daß die unbescholtenen Soldaten nur in den seltensten Fällen von früher her einen Wohnort in einer preussischen Gemeinde haben werden. Sie werden dann in die Reihe der fluktuierenden Bevölkerung geworfen, die nicht wahlberechtigt ist, da zur Ausübung des Wahlrechts der einjährige Wohnort oder Aufenthalt in einer preussischen Gemeinde gehört. Nicht viel besser dürfte es zahlreichen verheirateten Mannschaften gehen. Ihre Frauen werden kaum in der Lage gewesen sein, die frühere Wohnung während der langen Kriegszeit beizubehalten. Sind sie aber von einem Ort in einen anderen verzogen, oder haben sie in Berlin auch nur eine Wohnung in einem anderen Wahlkreise gehabt, dann ist auch der Mann aus dem Felde seines Wahlrechts verlustig gegangen.“

In der „Post“ schreibt Georg Bernhard: „Wenn man sich schon mit der dreijährigen Staatsangehörigkeit abfinden konnte, so erscheint die Verknüpfung des Wahlrechts mit der einjährigen Gemeindegliederung eine um so größere Härte, als in solchen Gemeinden, die in mehrere Wahlkreise geteilt sind, der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde treten soll. Alles was — recht vorzuziehend — die Begründung für diese Beschränkung ins Feld führt, scheint uns hinsichtlich der Wahlberechtigten und der Wahlkreise als etwas Selbstverständliches zu erscheinen — jemand am preussischen Staat um bewilligen ein geringeres Interesse haben soll, weil er im Laufe eines Jahres von Wien nach Stettin oder gar von Bismarcksdorf nach Charlottenburg verzogen ist. Solche Beschränkungen erscheinen uns wirklich als kleinliche Willkür. Sie müssen unbedingt aus dem Entwurf hinaus.“

Sehr spontannmännlich äußert sich das Zentrumblatt, die „Germania“. Auch sie hebt die Einschränkung der Allgemeinheit des Wahlrechts hervor, sieht aber darin keinen Widerspruch zu den gemachten Besprechungen und meint dann: „Es liegt auf der Hand, daß man nicht jeder Vorlage, die grundsätzliche Forderungen erfüllt, darum ohne weiteres zustimmt; im Gegenteil ist sogar der Fall denkbar, daß Nebenumstände und Einzelbestimmungen ein im ganzen willkommenes Gesetz unannehmbar zu machen vermögen.“

Die nationalliberale „Nationalzeitung“ hätte eine „organische Fortentwicklung“ lieber gesehen, will sich aber mit den Tatsachen abfinden. Sie sagt hierzu: „Noch ist die endgültige Stellungnahme der einzelnen Parteien nicht festgelegt. Nur von den Extremen zur Rechten und zur Linken läßt sich Bestimmtes sagen. Rechts die Ablehnung und links Bedenken gegen die zeitlichen Einschränkungen des Wahlrechts, wie sie § 1 des Entwurfes vorsieht. Die nationalliberale Landtagsfraktion hat zu dem Entwurf nach nicht Stellung genommen. Die gegenwärtige Fassung dürfte aber einen großen Teil dieser Reaktion zu seinen Gunsten machen. Der Wunsch nach Einführung der Verhältniswahl in großstädtischen Wahlkreisen wird hier zur Mindestforderung werden, um den hitzerührenden Widerständen dieser Wahlkreise die Vertretung im Parlament nicht zu entziehen.“

Ganz anders aber klingt es aus dem sich ebenfalls nationalliberal nennenden „Deutschen Kurier“: „Doch unser Volk in diesem Kriege über Nacht politisch reif geworden“ sei, kann man leider mit Zug und Meid nicht sagen — ein Bild auf die politischen Leistungen des Reichstages lehrt das schmerzliche Gegenteil. Der Versuch, die frühere Stellungnahme der Regierung und der Parteien ein durch die Kriegserfahrungen überholt und abgelehnt hinzustellen, muß daher von vornherein misslingen. Wenn die „Deinung“ selbst betont, daß das Brechen des Dreiklassenwahlrechts sich in seinem ganzen Staatsaufbau „gegenüber dem Ansturm einer Welt von Feinden bewährt“ hat, so sollte sie nach solcher Erfahrung eigentlich mit dem wüßigen Umsturz aller Ueberlieferungen weniger jähnel bei der Hand sein.“

Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ rufen aus: „Der Kampf beginnt!“ Und sie weisen mit dem „Berl. Sozialist“ an, der sich von allen Blättern vielleicht am weitesten abhebt gegen den königlich preussischen „Umsturz“, Ueberlieferungen zeigt sich die „Post“ des freikonservativen Herrn v. Heddy. Sie meint dem Pluralwortrecht eine Hilfe Träne nach und fährt fort:

Doch verstanden ist nicht wieder einzubringen. Die Gegenwärtigen, deren Verwirklichung ein preussisches Abgeordnetenhaus von demokratischem Charakter schaffen würden, liegen da. Dem Abgeordnetenhaus kann allein eine Bewegung ausgehen, die den Absichten der Regierung in den Arm zu fallen vermag. Auch dann noch wäre freilich die Kunst der Regierung nicht am Ende; es ist kein Zweifel, daß sie, an die Wollst auf der Brust gebunden, mit einem neugewählten Abgeordnetenhaus ihr Ziel zu erreichen trachten würde. — Aber horst bleibt abzumachen, ob überhaupt im preussischen Abgeordnetenhaus jene Bewegung sich stark genug entfalten wird, um auszusprechen ins Gewicht zu fallen.“

Die „Kreuzzeitung“ hört gemeinsam mit der „Täglichen Rundschau“ am Totenstuhle dem „alten Preußen“ das Todesgeschrei lauten und weist auf die Vorbedeutung des preussischen Vorgehens für die anderen Bundesstaaten hin, die nun gleichfalls — voran die Danialstädte — der Sozialdemokratie ausgeliefert werden würden. Trübe blüht sie in die Zukunft: „Wie fürchten, die Sozialdemokratie hat die letzten Folgen der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen weit klarer erkannt, als sie (die Regierung), wenn sie immer wieder erklärt, daß sie damit ihr Spiel gewonnen habe.“

Die händlerische „Deutsche Tageszeitung“ gibt im Weggang zu der abtrüben konservativen Presse, die über Umsturz des Wahlsystems jammert, überraschenderweise zu: „Auch unsere politischen Freunde erkennen an, daß der bestehende Zustand unhaltbar geworden ist.“ Von Seiten dieser Freunde stellt sie dann folgendes in Aussicht:

„Es werden die Vorstände der königlichen Staatsregierung sorgsam und gewissenhaft prüfen und nach Kräften bemüht sein, um dem Vohen ihrer Ueberzeugung aus einem Weg zu einer Neugestaltung des parlamentarischen Lebens in Preußen zu finden, der den berechtigten Forderungen der breiten Bevölkerung freige antworten kann, ohne den festen Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung und der besonderen Aufgaben des preussischen Staates preiszugeben. Wir wünschen und hoffen, daß es gelingen werde, das große und notwendige Werk zu einem guten Ende zu führen!“

## In Flandern gesteigerte Feuertätigkeit — Hartnäckige Angriffe auf Yuchy abge schlagen — Bei Bourlon 300 Engländer gefangen — Vergebliche französische Offensive bei Verdun — Erfolgreiche Gebirgskämpfe in Italien.

Militär. Großes Hauptquartier, 28. November 1917. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seereschutzgruppe Kreuzing Ruppert.

In Flandern nur zeitweilig zwischen Voelkapelle und Gheluvelt gesteigerte Feuertätigkeit. Vorkämpfe verliefen für und erfolgreich und brachten Gefangene ein Nordstück von Poelshoede scheiterte der Vorstoß eines englischen Bataillons.

Auf dem Schlachtfelde südwestlich von Cambrai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe auf Yuchy. Die dort in den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind restlos ab.

Unter Berücksichtigung der Stellung in feindliche Truppenansammlungen und in die Vereinfachung zahlreicher Panzerkraftwagen südlich von Graincourt. Schwächere Infanterie rück gegen Bourlon vor; sie wurde zurückgeworfen.

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unseren Linien verbliebene Engländer wurden im blutigen Nahkampf gefoltert. 8 Offiziere, mehr als 300 Mann wurden gefangen, 20 Maschinengewehre erbeutet.

Am Südwestende des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine brachten uns nördliche sehr heftige Handgranatenkämpfe den erwünschten Geländegewinn.

Nördlich von Bantzen griff der Feind nach heftigem Trommelfeuer an. Er wurde abgewiesen.

Ein englischer Vorstoß östlich von Gricourt brach vor unseren Hindernissen zusammen.

#### Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach härterer Feuersteigerung griff der Franzose in vier Kilometer Breite zwischen Samoncourt und Beaumont an. Seine

ersten Angriffswellen, durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer zerprengt, kehrten in ihre Ausgangsstellungen zurück. Mehrfacher Versuch neu angelegter Kräfte brach in unserer Abwehrgasse zusammen. Zahlreiche Verluste, Juwen und andere Franzosen wurden gefangen.

Das starke Feuer griff von dem Kampffelde auch auf die benachbarten Abschnitte über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Drenth tagsüber in großer Stärke an.

Infanterie, Schlacht- und Jagdflieger griffen trotz heftigen Sturmes und Regens erfolgreich in den Kampf ein und unterstützten auf dem Gefechtsfelde bei Cambrai und an der Maas unermüdbar Führung und Truppe.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

#### und

#### Mazedonische Front

keine größeren Kampfhandlungen.

#### Italienische Front.

In östlichen Gebirgskämpfen erzielten unsere Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

#### Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 26. November 1917, abends. Militär.

Von den Fronten sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet worden.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 26. November 1917. (W. Z. V.) Militär wird

verlautbart:

Im Brenntal und in den Gebirgen östlich davon haben uns die Kämpfe der letzten Tage weiteren Raumgewinn eingebracht. Die Gegenangriffe des Feindes blieben erfolglos.

Auf dem russisch-rumänischen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

#### Der Chef des Generalstabes.

## Neuer Versuch einer sozialistischen Friedenskonferenz

Kopenhagen, 25. November. „Sozialdemokraten“

schreibt: Die für den Sommer beabsichtigt gewesene internationale sozialistische Friedenskonferenz ist leider durch die Weigerung der Ententemächte, Pässe auszustellen, unmöglich gemacht worden. Am 10. Oktober hat das Organisationsbureau der Konferenz in Stockholm ein Manifest mit einem positiven Friedensvorschlag veröffentlicht und von den verschiedenen sozialistischen Parteien Antwort bis zum 1. Dezember verlangt. Beabsichtigt war danach, eine neue Ausschussung abzuhalten. Die neuesten Ereignisse in Russland haben indessen die Frage von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen außerordentlich brennend werden lassen und einen Sonderfrieden in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Um die Arbeit für einen allgemeinen Frieden zu fördern, hat die dänische Sozialdemokratie vor einer Woche an Troelstra dringlich das Ersuchen gerichtet, die holländischen Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus, die unter Zustimmung aller sozialistischen Parteien namens des Bureaus handeln, möchten die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz sobald als möglich veranlassen. Ein entsprechendes Telegramm hat unsere Partei an das Bureau in Stockholm und den Sekretär Camille Huysmans gerichtet, der die sozialdemokratischen Parteien in England und Frankreich sofort telegraphisch von unserem Schritte unterrichtet hat. Die dänische Sozialdemokratie hofft, daß ihre neue Anregung in England und Frankreich die Bewegung für Auslösung von Pässen nach Stockholm fördern werde. In dem Telegramm an Troelstra wird schließlich gesagt, daß die internationale Sozialdemokratie sich nicht ruhig verhalten kann unter Verhältnissen, wo nicht nur die Arbeiter der verschiedenen Länder einander andauernd mordend, sondern es sogar, wie in Russland, des Krieges wegen zum Bürger-, ja Bruderkrieg komme. Sie ermahnt daher darum, eine internationale sozialistische Friedenskonferenz unter allen Umständen zu berufen; wenn Parteigeossen einzelner Länder nicht persönlich erscheinen können, sollen sie schriftlich daran teilnehmen. Das Blatt fügt hinzu, daß der Vorstand der dänischen Sozialdemokratie den Beschluß wegen der neuen Anregung einer Friedensaktion einstimmig gefaßt habe.

Es ist unüblich, zu betonen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diesen erneuten Versuch, eine internationale sozialistische Friedenskonferenz zustande zu bringen, ebenso warmherzig und energisch fördern wird, wie sie seinerzeit bestritten gewesen ist, die leider fehlgeschlagene Stockholmer Konferenz zur Tat werden zu lassen. Auch wir möchten wünschen, daß diese erneute Einladung der Bewegung für die Erzeugung der Pässe in den westlichen Ententestaaten größte Kraft verleiht, denn bisher hat sich diese Bewegung nicht durch übermäßige Energie ausgezeichnet. Die neue Konferenz soll nun, was wesentlich ist, nach dem Plan der dänischen Genossen unabhängig von einer Pässebewilligung der Ententemächte auf jeden Fall zustande kommen. Dieser Entschluß stellt vielleicht das wirksamste Mittel dar, um die westlichen Ententestaaten zur Bewilligung der Pässe zu veranlassen, denn sie können alsdann nicht mehr hoffen, durch ihre friedensfeindliche Haltung das ganze Konferenzwerk zum Scheitern zu bringen.

Und es tut wahrlich not, daß diese Konferenz auf alle Fälle stattfindet. Die sozialistische Internationale darf sich nicht durch die kriegsbeherzlichen Intrigen der Ministerien angeblickt demokratischer Staaten um ihr Recht auf Friedensarbeit und damit um ihren Einfluß auf die Friedensgestaltung bringen lassen. Es wäre bedauerlich und ein nicht mehr gutzumachendes Faktum, wenn die Ergebnisse dem Handeln der Internationale zuvorkämen.

### Dementierte Friedensvermittlungserüchte.

Während durch das Waffenstillstandsangebot der russischen Maximalisten-Regierung von der Seite eines kriegsführenden Staates ein bedeutender Schritt zum Frieden unternommen worden ist, lassen verschiedene neutrale Stellen das aufgeloßene Gerücht widerrufen, daß von ihrer Seite ein neuer Vermittlungsversuch geplant werde. „Diplomate Romano“, das offizielle päpstliche Organ, veröffentlicht folgende Note:

Einige Agenturen und Blätter, besonders ausländische, melden, daß der Heilige Stuhl einen neuen Aufruf zu Gunsten des Friedens an die beiden kriegsführenden Mächtegruppen oder an eine dieser beiden Gruppen gerichtet habe oder demnächst richten würde. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Meldung jeder Begründung entbehrt.

In dänischen Provinzialblättern war das Gerücht verbreitet gewesen, die dänischen Sozialisten hätten beabsichtigt, den Minister des Auswärtigen, Scavenius, zu ersuchen, sich an die anderen neutralen Staaten zu wenden, um die Prüfung der Frage, ob die Zeit günstig für die Neutralen sei, das Anerbieten einer Friedensvermittlung zu machen. Das Rigauer Bureau erzählt, daß Minister Scavenius keine solche Aufforderung erhalten hat, und daß, wenn eine solche Aufforderung erfolgen sollte, die Antwort in Uebereinstimmung mit dem bei früheren Gelegenheiten eingenommenen Standpunkt der Regierung lauten würde, daß die Regierung sich nicht imstande sehe, in der gewünschten Richtung die Initiative zu ergreifen.

### Eine englische Stimme über die Regierung Hertling.

In ihrer Nummer vom 3. November beschäftigt sich die linksliberale Londoner „Nation“ mit der deutschen Ministerkrise, die damals noch nicht gelöst war. Sie sieht die Krise darin, daß es während einiger Tage schwierig war, der Grafen Hertling zur Annahme der Ansichten der Mehrheit zu veranlassen. Sie schreibt so:

„Ob die papierne Verfassung geändert wird oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß kein Kanzler ernannt werden kann, der nicht die Bedingung erfüllt, daß er die Politik der parlamentarischen Mehrheit ausführen wird. Wenn die Mehrheit zusammenfällt, wie sie es jetzt tut, so ist die Hauptsache gewonnen und das Wesentliche der Selbstregierung kann gesichert werden.“

### Die deutschen Patente in Amerika.

Berlin, 26. November. Das Konturbureau hat die Nachricht verbreitet, daß seitens der amerikanischen Regierung eine Beschlagnahme des feindlichen Eigentums erfolgt und daß weiterhin die Freigabe der in feindlichem Besitz befindlichen Patente verfügt sei. Dem widerspricht, wie der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband mitteilt, ein Telegramm der „Associated Press“ dahinschaltend, daß keine Beschlagnahme des Eigentums bzw. der Patente der Feinde im Auslande seitens der amerikanischen Regierung verfügt worden sei.

### Kriegsgefangenenfürsorge-Konferenz in Genf.

Wie jetzt erst bekanntgegeben wird, hat vom 11.—14. September 1917 in Genf eine Konferenz von Vertretern der neutralen europäischen Organisationen des Roten Kreuzes stattgefunden, um beim Eintritt in den vierten Kriegswinter die Frage zu prüfen, welche Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Gefangenen geschaffen werden könnten, und zwar sowohl für Kriegsgefangene, Zivilinternierte wie Bewohner der besetzten Länder.

Diese Konferenz wurde befehligt von dem Internationalen Komitee und Vertretern der Roten-Kreuz-Organisationen von Dänemark, Spanien, Holland, Norwegen, Schweden und der Schweiz.

Von den Verhandlungsgegenständen sei hier namentlich hervorzuheben die Versorgung der Kriegsgefangenen mit Lebensmitteln. Auf der Konferenz wurde der Antrag gestellt, das internationale Komitee vom Roten Kreuz solle sich mit dem amerikanischen Roten Kreuz über die Beschaffung von Lebensmitteln für die in der Hand der Mittelmächte befindlichen Gefangenen in Verbindung setzen. Warum hier nur einseitig die in deutscher Hand befindlichen Gefangenen der Ententemächte berücksichtigt werden sollen, erscheint nicht recht klar. — In der weiteren Besprechung wurde empfohlen, den Austausch der am längsten in Gefangenschaft befindlichen Leute in möglichst großem Umfang durchzuführen. Wie wir hierzu erfahren, wurde in dieser Richtung von der deutschen Regierung schon vor längerer Zeit der französische ein sehr weitgehender Vorschlag gemacht; die französische Regierung hat sich jedoch hierauf bis jetzt noch nicht geäußert. Ebenso trat die Konferenz für einen baldigen Austausch der Zivilgefangenen ein. Auch hier sind weitgehende Vorschläge der deutschen Regierung von der französischen Regierung nur in beschränktem Umfang angenommen worden.

Die Konferenz stellte ferner die Forderung auf, daß, soweit ein Austausch nicht möglich sei, das Los der interperierten

Elektrizitäts-Zukunftsmusik.

In der diesjährigen Hauptversammlung der Vereinigung der Elektrizitätswerke... Die deutsche Elektroindustrie hat in dem kurzen Zeitraum von nur 40 Jahren eine so gewaltige Entwicklung gehabt...

erwartet werden müssen, inwieweit diese Unterfunken in leerstehenden Haushalten finden werden oder auf andere Unterfunken rechnen müssen...

Die Zuckerration für kleinere Kinder.

Vom 1. Dezember ab erhalten alle diejenigen in Berlin wohnenden Kinder, welche am 1. Dezember 1915 und später geboren sind, nicht mehr wie bisher einen Zulass von 1/2 Pfund Zucker...

Vertwertung der Küchenabfälle.

Die Aufsicht über die Abholung der Küchenabfälle und Speisereste durch den Verein Berliner Molkereibesitzer auf den Berliner Häusern wird von der Zeitstelle Groß-Berlin (Milk), Poststr. 6, ausgeübt...

Kartoffelversorgung.

In der laufenden Woche werden wiederum 7 Pfund Kartoffeln für die folgende Woche zur Ausgabe gelangen. Daneben nimmt die Belieferung auf die Abschnitte 2a-g der grünen Sonderkartoffelkarte ihren Fortgang.

Aufkauf der Dörrobstvorräte.

Um den starken Bedarf des Heeres und der Marine an Dörrobst, der bisher nicht gedeckt werden konnte, zu befriedigen, hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst den sofortigen Ankauf aller nur irgendwie erreichbaren Mengen von Dörrobst durch die Landes- und Bezirksstellen angeordnet...

Kleine Anfragen.

- 11. Vor einigen Tagen teilte der Berliner Magistrat mit, daß die städtischen Schuhbesohler- und Ausbesserungswerkstätten nunmehr errichtet seien und dem Publikum zur Verfügung ständen...

Antwort zu 10 (Nr. 819). Eine Arbeiterin der A. E. G., Abt. Brunnenstraße schreibt uns: „Den uns alljährig offerierten Dienentlohn, das Pfund zu 10,50 M., und den Tafelohn von 7,20 M. können wir uns bei einem wöchentlichen Affordlohn von 35-40 M. freilich nicht kaufen...“

Ein Entschlag auf freiem Felde beschäftigt die Kriminalbehörden, auch in Groß-Berlin. Am Freitag früh fand in der Feldmark von Diepen bei Schönfeld i. Mark in der Gegend von Budow ein Vorkarbeiter die Leiche einer Frau auf, der der Schädel zertrümmert ist...

Notizen. Auf Anregung des Berliner Gewerkschaftsbundes hat eine im Berliner Rathaus tagende Versammlung von Vertretern der sämtlichen Verbände, Vöhrmannschützen, Rühmern und Artisten beschlossen, bei unbeschäftigten Bevölkerung Berlins die Gelegenheit zu geistiger Zerstreuung und Erhellung in Gestalt von „Freuden Wenden“ zu verschaffen...

Stadtverordnetenwahl in Charlottenburg. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl im ersten Bezirk, 3. Wählerabteilung, die wegen des Todes unseres Genossen Vogel vorgenommen werden mußte, wurde Genosse Paul Girsch mit 102 Stimmen gewählt...

Die Unabhängigen hatten einen Gegenkandidaten, den Kollegen angeführten Wilhelm Michalek, aufgestellt, der 22 Stimmen erhielt.

Charlottenburg Lebensmittel. Von Donnerstag bis Sonnabend, den 8. Dezember, werden verlobt: 100 Gramm Weizengrieß auf Abschnitt 145, 2 Päckchen Puddingpulver für große Haushaltungen und ein Päckchen Puddingpulver für kleine Haushaltungen...

Reutlin. Brotverteilung. Einwohner, die auf ihre Bezugsheime am Oberhofen in der Lohstraße keine Kohlen erhalten konnten, werden aufgefordert, die Kohlen vom Lagerplatz der Firma Schumann, Lohstr. 6, in Empfang zu nehmen...

Lichtenberg. Lebensmittel. Auf Abschnitt 146 werden je 125 Gramm Teigwaren (Ausgangsware) zum Preise von 0,90 M. für ein Pfund abgegeben, in den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern auf Abschnitt 147 E Räuherwaren und auf Abschnitt 148 E frische Fisch- und Seefische.

Hohenhausen. Mangelhafte Lebensmittelversorgung. Uns wird geschrieben: Für die Lebensmittelverteilung des Kreises Niederbarnim an die kleineren Landorte sind nachstehende Mitteilungen beizubringen: In der Gemeinde Hohenhausen gelangte in den letzten sechs Wochen ein Ei und etwas deutscher Tee, den die Gemeindeverwaltung selbst beschafft hatte, zur Verteilung...

Tegel. Lebensmittel. Die Gemeinde hat für das Weihnachtstfest 50 Kilogramm bestellen lassen, der jetzt in Etüden von etwa 1/2 Pfund zum Preise von 80 Pf. in der Gemeindeverkaufsstelle verkauft wird. Auf Sonderabschnitt VII der Zuckerkarte kann in den Geschäften, wo die Einwohner mit Zucker eingetragene sind, ein Pfund Salz entnommen werden...

Friedenau. Schlechte Kartoffeln dürfen nicht mitverkauft werden. Eine Reihe von Maßnahmen gegen die Mitlieferung schlechter Kartoffeln hat der Gemeindevorstand beschlossen. Um den wiederholten Klagen vorzubeugen, hat der Gemeindevorstand folgende Einrichtung getroffen: Die Kartoffeln werden bei allen Kartoffelhändlern wöchentlich einmal durch einen Beauftragten der Gemeinde auf ihre Güte hin nachgesehen...

Eichwalde. Immer noch unzureichende Nahrungsmittelverteilung. Uns wird geschrieben: Zu den Orten im Kreise Teltow, bei denen die Versorgung mit Lebensmittel nicht nur vieles, sondern fast alles zu wünschen übrig läßt, gehört auch Eichwalde. Sind schon die rationierten Waren nicht in voller Menge und rechtzeitig zu bekommen, so steht es mit den Extralebensmittellieferungen ganz und gar schlecht. Wohl besteht im Ort eine Lebensmittelkommission, von deren Tätigkeit jedoch kaum die nächsten Beteiligten etwas erfahren...

Friedrichshagen. Nahrungsmittelverteilung. Heute gelangen auf Abschnitt 58 der grünen Lebensmittelkarte 125 Gramm Graupenmehl zum Preise von 13 Pf. zum Verkauf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- Spandau. Die Mitgliederversammlung findet Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Steinweg, Wilmersdorf, 8 statt. Tagesordnung: Der Wärburger Parteitag. Referent Genosse Stahl. Ernährungsfragen. „Vorwärts“-Lese- und Freunde der S. P. D. sind eingeladen.
- Kaulsdorf (Ordnung). Morgen abends 8 Uhr präzis im Lokal „Dannans Gesellschaftsraum“, Frankfurter Str. 50, öffentliche S. P. D. Versammlung. Tagesordnung: Der Erlola des Proleten der Kaulsdorfer Einwohner ihre ungenügende Versorgung mit Nahrungsmitteln und weitere Ernährungsfragen. Referent: Genosse Fr. Stimpel.
- Arbeiter-Tamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, im Königgraben 2. Tagesordnung: 1. Bericht der Obkante vom Sonntag, 2. Weihnachtstisch, 3. Weisheiten. — Um regen Besuch wird dringend gebeten.

Groß-Berlin

Ist es viel?

Mies ist durch den Krieg teurer geworden. Die Gegenstände des täglichen Bedarfs sind durchschnittlich das Zwei- bis Dreifache des täglichen Bedarfs... Bei den Nahrungsmitteln haben Höchstpreise noch etwas gütig gewirkt, dafür sind die im freien Handel verbliebenen meist auf das Fünf- bis Sechsfache emporgeschwellt...

Zur Kleinwohnungsnot.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Verbandsversammlung Groß-Berlin haben bei der Verbandsversammlung folgenden Antrag eingebracht: Die Verbandsversammlung wolle beschließen, den Verbandsausschuß im Hinblick auf die drohende Kleinwohnungsnot zu größten Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Reichsamt wegen der dringlichen Erleichterung fiskalischer Ländereien zu Kleinhaus-siedlungen und zur baldigen Berichterstattung über den Stand dieser Verhandlungen aufzufordern...



Die kgl. Kapelle in der Volksbühne.

Am Totensonntag hat sich das Wunder begeben, daß die Königl. Kapelle unter Richard Strauß zum ersten Male vor den Mitgliedern des Verbandes der freien Volksbühnen in deren Theater ein Instrumentalkonzert veranstaltete.

Über Mozart und Beethoven, deren Schönste für sie und ihr Jahrhundert charakteristische symphonische Schöpfungen den Arbeitern ziemlich vertraut geworden sind — diesmal freilich die seltener gehörte „Maurerische Trauermusik“ und die „Trois“ — lenkte aus „Tod und Verklärung“ zu Richard Strauß, dem bedeutendsten Symphoniker und Musikdramatiker unserer Gegenwart hin.

An Strauß, dem Kapellmeister, kann man aber sogleich erkennen, in welchem Verhältnis er zu Mozart und Beethoven steht. Dort klassische Ruhe, hier beim eigenen Werk Sturm und lodernde Flamme.

Die Gefangenen des Südens.

Von der italienischen Front wird geschrieben: Sie haben Gefangenen sammelstellen solche schwere Arbeit zu verrichten gehabt, wie die an der italienischen Schlachtfrent.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von H. Francé.

„Das muß ma aber sag'n, Leben bringt er schon ins Stadl, der neue Herr Statthalter“, nahm nach einer Pause der Schneider Zapletal das Wort.

„I wouß net“, begann der Sellenbartl wieder die Opposition. „I merk' nit von dera Residiererei, als daß allweil teurer wird und allweil no a andere Accis und Steuer.“

„Sis scho warr“, stimmte der Wegger bek. „a Rumg'frag is in alle dene Häuser, v'onders wo Studenten wohnen, s'ist schon nimmer schön. Sie soll'n extra Leut' ang'stellt hab'n, die wo auf verbotene Schrifte aufpasse und nur rumrennen und die ozeig'n, wann's a ehrlich Wort sagl am Viertisch.“

„Mit' wintle Schneider Zapletal dem unvorsichtigen Redner zu, „kommt gerade pane Best!“

Sofort verstummte die Opposition und das sie begleitende heifällige Murren und die Bürger luden harmlos in den Biertrug.

„Alsdann i hab' mir gesagt gegen die Regierung — denn i zahl' mei Steuer wia jeder andere.“

„Best' schritt schlendernd zwischen den Reihen umher. Sein scharfes Auge suchte nach einem bestimmten Tisch. Jetzt hatte er ihn erblickt, ging auf ihn zu, grüßte ernst und würdig und frag, ob er noch Platz haben könne.“

Seyboldsdorf machte zu der umgebenden Nachbarschaft

lofen Herden gebracht werden, und dann... die armen Kerle waren halbverhungert! Sie saßen über alles her, was nur halbwegs zu essen war.

Anscheinend machen die Gefangenen einen Sport daraus, bei Vernehmungen die Erklärung abzugeben, sie seien des Kriegs müde geworden, und wenn die große Gefangenennahme nicht erfolgt wäre, so würden sie von selbst gekommen sein.

Einen tiefen Einblick erhielt man durch Aussagen der Gefangenen auch in die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens. Es sieht in dem Lande der Zitronen keineswegs rosig aus und die Soldaten klagen über einen empfindlichen Mangel an den notwendigsten Gebrauchsgütern.

Die Stadt des Eigenbetriebes.

Die Stadt Stabanger in Norwegen hat ein Café und ein Wirtschaftsrat, wie der Kopenhagener „Socialdemokrat“ berichtet.

Auf den Gemeindevielen grasen die Milchkühe der Gemeinde. In einem neuerrichteten Betongebäude werden die Gemeindeferkel gemästet in einer Anzahl von 100 Stück.

Die städtische Konierbensfabrik stellt diese tausend Liter Saft her, zur Verwendung teils in den kommunalen Dampfmaschinen, teils zum Einzelverkauf.

ein Gesicht, als ob ihm ein Matkäser ins Pier gefallen wäre, sagte aber nichts als ein zustimmendes hm, hm.

„Gut, daß er kommt, Herr Geheimratschreiber, grad streiten wir uns, ob wirklich schon Spiegruten auf einfache Desertion gesetzt sind.“

„Allo mein Schweiffer wohnt in der Fiskergasse grad um d'Edn übern Gang, wo der junge Herr von Solms g'wohnt hat.“

„Ich hab' mit der Geschichte nichts zu tun gehabt“, unterbrach nun Best ernsthaft den Redestrom.

„Sag' er Herr Best!“ begann nun pointiert der äußere Rat, „ist es vielleicht auch Amtsgeheimnis, daß der von Solms in der Sache mit verwickelt ist und schon g'schäft wurde?“

„Ich darf natürlich aus einer Untersuchung heraus nichts sagen.“

„Der Herr Rat sog ein paar mächtige Wasser aus seiner Pfeife, warf der Kellnerin einen Gulden hin und griff nach seinem Hut.“

„Das war zwar eine große, ja unerhörte Anerkennung aus dem Munde eines äußeren Rates, bestrafte aber die erwachte Reugier nur wenig.“

„Wird er verhaftet, pane Seyboldsdorf?“ krächte der herbelgeeilte kleine Schneider auf einmal mutig im Hintergrunde.

Die kommunale Wirtschaft umfaßt 4 Abteilungen: 1. ein Café, wo Kaffee, Butterbrot und ähnliches verabreicht wird.

Die Gemeinde Stabanger hat mit dem Angeführten versucht, etwas Gutes und Billiges zu schaffen, unter Anwendung aller technischen Fortschritte.

Einige Pahlen können die dadurch bewirkte Erparnis illustrieren. Früher brauchte man zur Bereitung der Mahlzeiten täglich für 115 Kr. Brennmaterial.

Für das Gebiet der Essenbereitung ist die Gemeinde Stabanger — Dank der von ihrem Wasserfall gelieferten elektrischen Kraft — eine der am besten dastehenden Gemeinden in ganz Norwegen.

Mit Hilfe dieser neuen Beschäftigungsart wird die Gemeinde Stabanger in den Stand gesetzt, der Not zum Teil abzuhelfen, die infolge der Arbeitslosigkeit besteht.

Die Brotarten der Pariser Revolution.

Da die Pariser unaufgeklärt über das Versagen des Brotbäckersystems jammern, sucht das „Journal des Débats“ sie zu trösten, indem es daran erinnert, daß man zur Zeit der französischen Revolution noch unter viel größeren Brotartenmangel zu leiden hatte.

Notizen.

— Eine Besichtigung der Klosterkirche findet am Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr, bei freiem Eintritt statt.

— Die Sammlung von Kaufmann, deren Besuch wir unseren kunstinteressierten Lesern aufs dringendste empfehlen, ist am 26., 28., 30. November und 2. Dezember frei zu besichtigen.

— Die „Kauftiere“ Clemenceau und Lloyd George. Einen recht bezeichnenden Passus hat sich gelegentlich der Begrüßung Clemenceaus als Ministerpräsident die deutsch-französische „Gazette de Lausanne“ geleistet.

„Ich darf natürlich aus einer Untersuchung heraus nichts sagen.“

„Allo mein Schweiffer wohnt in der Fiskergasse grad um d'Edn übern Gang, wo der junge Herr von Solms g'wohnt hat.“

„Ich hab' mit der Geschichte nichts zu tun gehabt“, unterbrach nun Best ernsthaft den Redestrom.

„Sag' er Herr Best!“ begann nun pointiert der äußere Rat, „ist es vielleicht auch Amtsgeheimnis, daß der von Solms in der Sache mit verwickelt ist und schon g'schäft wurde?“

„Ich darf natürlich aus einer Untersuchung heraus nichts sagen.“

„Der Herr Rat sog ein paar mächtige Wasser aus seiner Pfeife, warf der Kellnerin einen Gulden hin und griff nach seinem Hut.“

„Das war zwar eine große, ja unerhörte Anerkennung aus dem Munde eines äußeren Rates, bestrafte aber die erwachte Reugier nur wenig.“

„Wird er verhaftet, pane Seyboldsdorf?“ krächte der herbelgeeilte kleine Schneider auf einmal mutig im Hintergrunde.

„Das war zwar eine große, ja unerhörte Anerkennung aus dem Munde eines äußeren Rates, bestrafte aber die erwachte Reugier nur wenig.“

„Wird er verhaftet, pane Seyboldsdorf?“ krächte der herbelgeeilte kleine Schneider auf einmal mutig im Hintergrunde.



Zivilgefangenen durch Schaffung befriedigender Unterkunfts-  
räume, Austausch und Internierung der Kranken usw. erleichtert  
werde. Endlich sind gewisse Bänke hinsichtlich der in den besetzten  
Gebieten anlassigen Zivilpersonen geäußert worden.

Zu den Anregungen der Konferenz bemerkt W. L. O.: Die  
deutsche Regierung wird selbstverständlich diese Vorschläge mit dem  
bis her auf dem Gebiete der Gefangenenfürsorge bewiesenen Wohl-  
wollen prüfen. Vorbedingung ist natürlich, daß unsere Feinde die  
volle Gegenseitigkeit gewährleisten und militärische Interessen nicht  
gefährdet werden.

## Tendenzmeldungen aus Finnland.

Stockholm, 24. November. Nach den letzten Nachrichten aus  
Finnland herrscht dort stets zunehmende Anarchie. Das Aufstreben  
der Roten Garden, deren Tätigkeit in Hausdurchsuchungen, Verhaftungen,  
Plünderungen und Gewalttaten besteht, erweckt allgemeine  
Verwirrung. In Helsingfors wurden bisher 44 Menschen er-  
merdet. Der Zustand ist zwar im Abnehmen begriffen, aber die  
Revolution will nicht aufhören. Die Sozialisten sind nicht  
mehr Herren der Lage. Die Hälfte des Volkes gehört keiner  
Autorität mehr. Eine wirkliche Regierung gibt es  
augenblicklich nicht. Die finnische Staatskasse ist ge-  
leert bis auf 7 Millionen, den Krieg von verkauften Staats-  
wäldern, aber auch diese sind bald verbraucht. In alledem kommt  
der immer bedrohlicher werdende Mangel an Lebensmitteln. Die  
Teilnahme der schwedischen Öffentlichkeit an dem unglücklichen  
Zustand des Nachbarlandes tritt immer deutlicher hervor. Heute  
erklärt „Evenska Dagbladet“, daß sich Schweden von dem außer-  
ordentlichen Notstande, der Finnland droht, nicht unberührt zeigen  
kann. Die Lage müsse vielmehr das allgemeine Gefühl erwecken,  
daß irgend etwas geschehen müsse. Die Schwierigkeit sei nur, den  
rechten Weg für die Hilfe zu finden. Soche der schwedischen Regie-  
rung sei es, die Initiative zu ergreifen. Das Gefühl, daß Schweden  
in dieser Hinsicht Verpflichtungen habe, sei allgemein.

Kopenhagen, 26. November. „Berlingske Tidende“ meldet aus  
Haparanda: Die Landtagsgruppe der Schwedischen Volkspartei  
richtet an das finnische Volk die Aufforderung, ohne  
Klassenunterschied sich zusammenzuschließen zur energischen  
Bekämpfung der Anarchie. Die Stadtverwaltungen wurden  
aufgefordert, sie hierbei möglichst zu unterstützen. Die übrigen  
bürgerlichen Parteien veröffentlichten ähnliche Aufrufe. Man  
erwartet binnen kurzem in Finnland den Ausbruch neuer blutiger  
Kämpfe.

Die außerordentliche Schwierigkeit der Lage Finnlands  
besteht darin, daß die Lebensmittelversorgung des  
auf die Zufuhr angewiesenen Landes durch die Ereignisse in  
Rußland ins Stocken geraten ist. Das mag auch der Grund  
der ausgeprägten Unruhen sein. In der Sprache des gegen  
die Arbeiterchaft verbitterten Bürgertums heißt das Anarchie.  
Man sollte daher die aus Finnland an uns gelangenden Nach-  
richten mit besonderer Vorsicht aufnehmen. Erst vor wenigen  
Tagen berichtete der Telegraph von der Annahme wichtiger  
gesetzgeberischer Akte durch den finnischen Landtag, was auf  
das Zustandekommen einer Neuordnung im Lande schließen  
läßt.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 25. November. Durch die Tätigkeit unserer Unter-  
seeboote wurden im Sperrgebiet um England wiederum

12 000 Br.-R.-T.

vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein bewaffneter Dampfer  
von 6000 Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Die Kämpfe in Italien.

Italienischer Ozeerbericht vom 25. November.

Auf der Hochfläche von Schlegien schlugen gestern die hellsch-  
warzen Abteilungen der 1. Armee, die seit 10 Tagen todes Kampfen,  
ohne in der Verteidigung des Poletto-Vorsprunges (Poletta ?) nur  
einen Fuß breit Gelände preisgegeben zu haben, wiederum mehrere  
wütende Angriffe des Feindes ab und machten erfolgreiche Gegen-  
angriffe. Zwei Maschinengewehrabteilungen wurden genommen.  
An der übrigen Front nur Artillerietätigkeit. Einer unserer Flieger  
schob über dem Monte Ceappa zwei feindliche Flugzeuge ab.  
General Diaz.

## Die Kämpfe um Jerusalem.

Konstantinopel, 26. November. Amtlicher Bericht vom 24. No-  
vember.

Sinaitfront: An der Küste Ruß. Wegen die Mitte unserer  
Front erzwungen die Engländer am 23. November ihre Angriffe.  
Alle Angriffe wurden unter großen Verlusten für den Feind ab-  
geschlagen. Ein Maschinengewehr und Gelangens von drei ver-  
schiedenen Divisionen blieben in unserer Hand. In letzter Zeit  
wurden an der Küste Palästinas drei weitere Dampfer  
vernichtet, darunter ein Transportdampfer und ein mit  
Munition und Kriegsmaterial beladener. Bei Nerling wurde durch  
unseren Besieger ein feindlicher Dampfer zerstört, in den Hafen  
eingelaufen, und zur Umkehr gezwungen.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Entente-Spionage in Schweden. Kopenhagen, 25. November.  
Stiefle Blätter geben eine Meldung des Stockholmer „Aitonblad“  
über die Entdeckung einer weitverzweigten Entente-Spionage in  
Schweden wieder, die die Vermittlung der deutsch-schwedischen  
Handelsverkehrs- und militärische und wirtschaftliche Spionage in  
Schweden bezweckt.

Compass für den Krieg bis zum endgültigen Triumph. Basel,  
26. November. Nach einem Habasbericht aus Buffalo wurde Com-  
pass zum Präsidenten des amerikanischen Arbeiterbundes gewählt.  
Anlässlich seiner Wiederwahl erklärte er, daß die Arbeiter des  
Westens dazu beitragen sollten, daß der Krieg bis zum endgültigen  
Triumph geführt werden könnte.

## Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Mitt-  
wochnachmittag um 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

## Landrätliches Treiben in „großer Zeit“.

Gehe gegen die Sozialdemokratie.

Uns liegt folgendes Schriftstück auf den Tisch:  
Der Vorsitzende des Kreisbauvereins  
des Landkreises Düsseldorf.

Düsseldorf, den 13. November 1917.

Postfach.

Beitraglich.

An der Anlage gestatte ich mir, einen vom Reichsverband gegen  
die Sozialdemokratie herausgegebenen nationalen Volkskalender  
1918 als Geschenk zu übersenden mit der Bitte, denselben an

zur Verteilung an Ihre Arbeiter zu bestellen. Der Kalender ist  
zu haben in der Verlagsanstalt und Druckerei „Teutonia“ G. m.  
b. H., Berlin SW. 11, Dessauer Straße, und kostet 15 Pf. das  
Stück.

Ich bin gern bereit, die Bestellung gesammelt zu übernehmen  
und bitte es, um Mitteilung der gewünschten Anzahl bis zum  
30. d. Mts.

gez. v. Beckroth

beglaubigt: (Name unleserlich).

An die industriellen Werke des Kreises.

Der „Volkskalender“ stellt sich als eine Reflektur für die  
sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände heraus, die mit  
den üblichen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die  
Gewerkschaften geprügelt ist. Auch gegen den „Sozialdemokrat-  
frieden“ wird darin tüchtig gewettert. Und für diesen  
Schund werden amtliche Sammelstellen errichtet! Nicht das  
erste Zeichen dafür, daß der „neue Geist“ in die Verwal-  
tung des Industriebezirks seinen Einzug noch nicht ge-  
halten hat!

## Wie schafft man Unzufriedenheit?

„Strafstaten“ unter regelnder Aufsicht der Behörde.

Folgender Tatbestand wird uns berichtet: Dieser Tage er-  
hielten rund 170 Einwohner, meist Frauen, des schleswig-holstein-  
ischen Städtchens Ederndorf ein Strafmandat von 30 resp. 50 M.  
In der Begründung heißt es: „Auf den Antrag der Staatsanwalt-  
schaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 8. Juni d. J.  
in Ederndorf auf noch nicht gültige Gutscheine ein Brot ent-  
nommen zu haben, Vergehen gegen — folgen eine Anzahl Ver-  
ordnungen —, eine Geldstrafe von 30 M. usw.“ In Wahrheit haben  
die Frauen das Brot nicht auf Grund noch nicht gültiger Gut-  
scheine, sondern ohne Gutschein gekauft. Und das ging so:  
Vor dem 8. Juni war es in Ederndorf mit der Lebensmittel-  
versorgung während einiger Wochen herzlich schlecht bestellt. Es  
gab keine Mühlenfabrikate, und Kartoffeln nur in sehr kleinen  
Mengen. Einige Frauen wurden auf dem Rathaus vorstellig  
und ersuchten um mehr Lebensmittel oder Brot, erhielten aber  
keine befriedigende Antwort. Ein Bäckermeister gab nun auf Vor-  
stellung mehrerer Frauen Brot ohne Marken ab. Das  
sprach sich herum und immer mehr Frauen kamen und erhielten  
Brot ohne Marken. Die Frauen mühten sich deshalb ab, nichts  
Strafbares begangen zu haben, als zwei Schulleute bei dem  
Änderung Ordnung hielten und der eine nach längerem Verlauf  
zu der Bäckerfrau sagte, sie solle den weiteren Kaufern nicht mehr  
zwei Brote, sondern nur noch eins geben, damit alle bekämen. Und  
nun die Strafmandate!

Aber will der Herr Staatsanwalt durchaus juristisch korrekt  
sein, so muß er auch gegen die Ederndorfer Polizeibehörde Straf-  
antrag wegen Beihilfe bzw. Begünstigung stellen. Und dann  
hätten wir das herrliche Schauspiel, daß eine hohe Obrigkeit auf  
die Anklagebank kommt, weil sie die Begehung von Strafstaten  
durch die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei der Be-  
gehung gefördert hat. Damit aber wäre der ganzen Welt be-  
wiesen, daß Deutschland der geordnetste Staat der  
Erde ist: polizeilich beaufsichtigte und geregelte Strafstaten — das  
macht uns kein zweites Land nach!

## Interessenvertretung der Kriegswucherer, aber nicht der Kriegsbeschädigten.

Aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben:  
Die imposante Kundgebung, die der Bund der Kriegsbeschädigten  
und ehemaligen Kriegsteilnehmer in Berlin über den Verständig-  
ungsfrieden veranstaltete, veranlaßt das Organ des gelben Eise-  
ner Kriegsbeschädigtenverbandes zu einer Gegenklärung. Nach-  
dem der Essener Verband monatelang damit hauiert gegangen ist,  
daß er im Gegensatz zum Bund parteipolitisch absolut neutral sei,  
läßt die Verbandleitung jetzt plötzlich die Maske fallen und ent-  
puppt sich als stramme Parteigängerin der „Aldedeut-  
schen und der „Vaterlandspartei“. Ganz nach alldeu-  
tischem Sprachgebrauch wird der Verständigungsfriede in einen „Ver-  
zicht“ und „Verleumdungsfriede“ umgelogen. Es fehlt auch nicht  
das Argument, wenn Deutschland keine Kriegsenfchädigung er-  
falle, könnten die Renten „nicht um einen Heller erhöht  
werden“. Damit macht diese angebliche Interessenvertretung der  
Kriegsbeschädigten die von allen Kriegsbeschädigten als un-  
bedingt notwendig empfundene Erhöhung der Renten von der Be-  
dingung einer Kriegsenfchädigung abhängig! Sie gibt den  
Kriegsgewinnlern und Kriegswucherern das Stich-  
wort, welche jetzt schon darüber sinnen, wie sie sich nach dem Kriege  
von ihren sozialen Pflichten gegen die Kriegsbeschädigten drücken  
können. Hier zeigt sich deutlich der gelbe Charakter des Essener  
Verbandes. Er will wohl die Kriegrenten erhöhen aus den Mitteln  
einer Kriegsenfchädigung, d. h. durch die Opferung des  
Blutes von vielen tausend Kameraden, aber nicht durch die Be-  
steuerung der Kriegsgewinne, also auf Kosten des Kapitalismus!

Nach gelber Manier hat die Verbandleitung ihre Mitglieder  
natürlich nicht um ihre Meinung gefragt, ehe sie ihren alldutschen  
Erlaß veröffentlichte. Sie behauptet aber dreist, daß dem Verband  
„in größerer Zahl auch Sozialdemokraten“ angehörten. Wir halten  
das für plumpen Schwindel. Sollten sich wirklich durch die irre-  
führenden Behauptung des Essener Verbandes, es sei politisch neu-  
tral, einige Genossen haben einsaugen lassen, so wird es höchste Zeit  
für sie, dieser Fiktion der Vaterlandspartei den Rücken zu kehren.

Unfall eines bayerischen Landtagsabgeordneten. Wie aus München  
gemeldet wird, ist der Schriftführer der bayerischen Abgeordneten-  
kammer, Rentnerratsabgeordneter G. E. H. L., von einem durch den  
Sturmwind herabgerissenen Geschäftszug auf den Kopf getroffen  
und schwer verletzt worden.

## Die Berliner Arbeiter und die Ernährungsfrage.

In sieben großen Sälen Berlins fanden gestern Abend Massen-  
versammlungen statt, die von der Gewerkschaftskommission einbe-  
rufen und dazu bestimmt waren, auf die Behörden einen energischen  
Druck auszuüben, um die Lebensmittelration der Ber-  
liner Arbeiter zu verbessern. In allen diesen Versammlungen  
war folgende Resolution vorgelesen:

Die am 26. November 1917 tagenden Versammlungen der  
organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins geben  
ihren Unwillen kund über die Preisgestaltung auf dem Lebens-  
mittelmarkt und über die mangelhafte Verteilung der vorhan-  
denen Lebensmittel.

Die Versammelten fordern, daß die auf den Produktions-  
anreiz gerichtete Preispolitik der Regierung, die sich in fortgesetz-  
ten Preissteigerungen erschöpft, die minderbemittelten Volksschichten  
schwer belastet, ohne die Lebensmittelerzeugung zu fördern, auf-

gegeben und zu einem schmerzigen Abbau der fast unerschwing-  
lichen Preise geführt wird. Nur einheitliche, systematische, die  
Erzeugungskosten berücksichtigende Festsetzung der Preise und  
Schaffung der technischen und ökonomischen Vorbedingungen für  
den landwirtschaftlichen Betrieb kann die Lebensmittelerzeugung  
fördern.

Um den immer mehr um sich greifenden wucherischen Schleich-  
handel zu unterbinden, der die Lebensmittel der öffentlichen  
Verteilung entzieht und diese dadurch immer stärker gefährdet,  
halten es die Versammelten für dringend geboten, daß alle wichti-  
gen Lebensmittel bei den Erzeugern durchgreifend erfasst und zu  
angemessenen, Kriegszwecken ausschließenden Preisen allen  
Teilen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der verderbliche Schleichhandel muß durch strenge Bestrafung  
der gewinnläufigen Schleichhändler und Einziehung der Wucher-  
gewinne und ihres gesamten Vermögens unterbunden und der un-  
gerechten Benachteiligung der hartarbeitenden städtischen Bevölke-  
rung zugunsten zahlungsunfähiger Nichtsteuer und großer Teile der  
ländlichen Bevölkerung, die viel besser mit Lebensmitteln versorgt  
sind, schnellstens ein Ende gemacht werden.

Im Hinblick auf die gute Kartoffelernte und der geringeren  
Zuteilung anderer hochwertiger Nahrungsmittel fordern die Ver-  
sammlten dringend die sofortige Erhöhung der Kartoffelration  
auf 10 Pfund pro Kopf und Woche.

Um eine einheitliche Versorgung der Bevölkerung des Groß-  
Berliner Wirtschaftsgebietes herbeizuführen, ist die Schaffung  
eines einheitlichen Versorgungs- und Verteilungsgebietes für  
Groß-Berlin unerlässlich. Deshalb richten die Versammelten an  
die kommunalen Körperschaften von Groß-Berlin das dringende  
Ersuchen, auf diese Vereinheitlichung der Lebensmittelversorgung  
hinzuwirken.

Da nur die Beendigung des Krieges die Aussicht auf eine  
befriedigende Lösung der Ernährungsprobleme eröffnet,  
protestieren die Versammelten gegen das kriegsverlängernde Trei-  
ben der in der sogenannten Vaterlandspartei vereinigten Kriegs-  
gewinnler und Eroberungspolitiker und fordern von der Regie-  
rung und den parlamentarischen Körperschaften, daß sie alles tun,  
um schnellstens dem entsetzlichen Völkermord ein Ende zu  
machen und zu einem Frieden der Völkerverständigung zu gelangen.

Leider glauben die „Unabhängigen“ die Gelegenheit be-  
nutzen zu müssen, um gegen die ihnen verhasste Berliner Gewer-  
schaftskommission Sturm zu laufen, und statt zu einer einheitlichen  
Aktion kam es teilweise zu tumultuarischen Auseinandersetzungen,  
die an manchen Stellen, wie z. B. im „Gewerkschaftshaus“, zu einer  
Sprengung der Versammlung führten. So ist an einem  
praktischen Beispiel gezeigt worden, in wie unglücklicher Weise eine  
im Interesse der ganzen Bevölkerung liegende Aktion durch fanatische  
Richtungsstreitereien gestört wird.

In den Versammlungen dauerten die lebhaften Diskussionen  
bis in die späte Nachstunde hinein fort, so daß über ihr Ergebnis  
noch nicht berichtet werden kann.

Im überfüllten Germaniaaal in der Chausseestraße sprach Ge-  
wisse Braun vom Parteivorstand. Seine Rede war eine scharfe  
Kritik der von der Regierung betriebenen Ernährungspolitik. An  
der Hand eines ausgiebigen Zahlen- und Tatsachenmaterials zeigte  
der Referent, daß die fortgesetzte Erhöhung der Preise unserer  
wichtigsten Lebensmittel nicht den angegebenen Erfolg: Steigerung  
der landwirtschaftlichen Erzeugung, gehabt, sondern die Profit-  
sucht der Erzeuger gesteigert und das Verlangen nach immer  
höheren Preisen hervorgerufen hat. Außer den das gerechte Maß  
ungeheuer weit übersteigenden Höchstpreisen werden den Agrariern  
noch besondere Vorkassegaben, so in Gestalt von Frühbruchs-  
prämien, aus den Taschen des Volkes in den Schoß geworfen.

Die Kartoffelration war dieses Jahr so gut, daß die  
Ration ohne Schwierigkeit auf 10 Pfund pro Kopf und  
Woche erhöht werden könnte. Daß es geschieht, dahin muß mit  
aller Energie gewirkt werden. Wird nicht bald eine für dies  
Maß erforderliche Kartoffelmengensicherung, dann werden die  
Kartoffeln in großer Menge veräußert und der menschlichen Er-  
nährung wird ein wichtiges Nahrungsmittel entzogen. — Mit Ent-  
schiedenheit betonte der Referent, daß die Mängel und Mißstände  
in der Lebensmittelversorgung zum größten Teile eine Folge der  
Maßnahmen der Regierung sind, die durch die Höchstpreispolitik den  
Wünschen der Agrarier entgegenkommt, aber nicht den Interessen  
des Volkes dient. Die Behörden haben mit dieser Politik Vorkerk  
gemacht. Das Kriegsernährungsamt läßt die Dinge treiben wie sie  
wollen. Wird den Wünschen der Erzeuger in bisheriger Weise Nach-  
druck getragen, dann treiben wir dem wirtschaftlichen Zusammen-  
bruch entgegen. Notwendig ist die Erfassung und gerechte Verteilung  
aller wichtigen Lebensmittel, Verstopfung der Quelle des Schleich-  
handels und Lebensmittelwuchers, Abkehr von der verkehrten Er-  
nährungspolitik der Regierung. In dieser Richtung müssen wir  
unser ganze Kraft einsetzen.

Dem Referat folgte eine lebhafteste Diskussion.  
Gegen die vom Referenten an den Mißständen im Lebens-  
mittelwesen geübte Kritik konnte natürlich niemand etwas  
einwenden. Aber eine Anzahl von Rednern aus den Reihen der Un-  
abhängigen nahm die Gelegenheit wahr, um die Haltung der  
Sozialdemokratischen Fraktion zu den Kriegsernährungsfragen, die Politik des  
4. August, zu kritisieren und der Partei die Schuld an der langen  
Kriegsdauer und dadurch auch die Schuld an der Lebensmittelknappheit  
zuzuschreiben.

Bei Schluß des Berichts dauerte die Versammlung fort.

## Letzte Nachrichten.

Durchsichtige englische Schwindelmeldung.

Berlin, 26. November. Amtlich. Die „Berlingske“ von  
gestern bringt ein aus London kommendes Gerücht, nach dem  
General Ludendorff mit zahlreichem Stabe an die russische  
Front abgereist sei. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grund-  
lage. General Ludendorff befindet sich bei den Truppen an  
der Westfront.

Der Zweck des Schwindels ist klar: man will den Russen den  
Plan eines deutschen Heberfalls während des Waffenstillstandes ein-  
reden und so den Frieden hintertreiben.

Mehr Truppen — weniger Essen.

Amsterdam, 26. November. Dem „Allgemeinen Handelsblad“ wird  
aus London gemeldet: Um so rasch wie möglich amerikanische Trup-  
pen nach Frankreich bringen zu können, wird die amerikanische Regie-  
rung bei der französischen Regierung darauf dringen, eine durch-  
greifende Reform der Rationierung durchzuführen, damit die  
Schiffsfrachten vermindert werden. England hat bereits  
einer solchen Maßregel zugestimmt.

Romanones für die Entente.

Madrib, 26. November. (Habas.) Ein Romanones von der  
liberalen Partei gegebene Essen vereinigte mehr als 600 Wähler.  
Romanones hielt eine Rede, in der er betonte, daß für Spanien die  
Notwendigkeit bestehe, gegenüber den Ländern der Entente eine  
neue Politik zu verfolgen, die sich offen nach der Entente richte.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Die Berliner Zimmerer im verflochtenen Quartal.

Eine erfreuliche Entwicklung der Berliner Zählstelle des Zentralverbandes der Zimmerer ist auch für das dritte Quartal zu verzeichnen. Bei Beginn des Quartals betrug die Mitgliederzahl der Zählstelle 1281. Am Schlusse des Quartals waren 1328 Mitglieder vorhanden. Mitin eine Zunahme von 92 Mitgliedern. Seit dem 3. Quartal 1916 ist die Mitgliederzahl um 155 gewachsen; gemessen an der Zahl der ständig zum Heeresdienst Eingezogenen ein sehr beachtlicher Fortschritt.

Ein ebenso erfreuliches Merkmal zeitigt die Finanzlage der Organisation. Während bei Beginn des dritten Quartals 1917 der Lokalkassenbestand 55 150,04 M. betrug, stieg derselbe bis zum Schlusse des Quartals auf 57 424,78 M. Gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahre ein Vermögenszuwachs von 8007,95 M. Der Gang der Reichsfinanz ist noch wie vor ein guter, Arbeitslose sind fast gar nicht vorhanden.

Um die Löhne mit den verteuerten Verhältnissen einigermaßen in Einklang zu bringen hat die Berliner Zählstelle im Laufe des Quartals eine Reihe Lohnbewegungen geführt, die zum Teil durch Verhandlungen mit den beteiligten Unternehmern selbst, zum anderen Teil durch die Vermittlungstätigkeit des Kriegsaussschusses der Berliner Metallbetriebe für die Zimmerer einen erfolgreichen Ausgang nahmen. Seit Oktober dieses Jahres wurde beispielsweise in elf größeren Betrieben eine Lohnbewegung durchgeführt.

### Erreicht wurde:

Bei 1 Untern. mit 27 Zimmerern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Std.	125	10
5	97	15
3	850	17
1	90	20

Mitin wurde in diesem Zeitraum für 690 Zimmerer insgesamt eine wöchentliche Lohnerhöhung von 5718 M. erreicht. Zweifellos ein handgreiflicher Beweis mehr für die Notwendigkeit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation. Ferner sei noch bemerkt, daß der Zimmererverband den Familien der Eingezogenen zu Weihnachten wieder eine Unterstützung gewährte. In Berlin erfolgt die Auszahlung derselben am Mittwoch, den 12. Dezember.

## Weihnachtsunterstützung im Textilarbeiterverband.

Die in den Vorjahren übliche Weihnachtsunterstützung der Familie Berlin wird auch in diesem Jahre an die Kriegerväter unserer Kollegen gezahlt, und wenn der Kollege der Ernährer seiner Eltern oder Geschwister war, auch an deren. Bedingung ist, daß der Kollege seit dem 1. Oktober 1917 eingezogen und mindestens 52 Beiträge gezahlt hat. Die Auszahlung findet vom 15. Dezember, täglich von 9-12 Uhr im Bureau Andreasstr. 17 und im Bezirk Cöpenick bei Kollege Riese statt. Als Ausweis gilt der Unterstützungsbogen, der vorzulegen ist. Es wird höflichst ersucht, die Unterstützung bis Ende dieses Jahres abzuholen.

Die Ortsverwaltung.

## Deutsches Reich.

### Die Schnellzugszuschläge und die Gewerkschaften.

Die zur Einschränkung des Verkehrs auf den deutschen Eisenbahnen eingeführten Zuschläge für die Benutzung von Schnell- und Eilzügen hat in allen Kreisen lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Handel und Industrie werden von der Verteuerung der Reisekosten betroffen, was gleichbedeutend ist mit einer weiteren Verteuerung der gesamten Kriegswirtschaft. Besonders hart sind die Wirkungen für die Gewerkschaften, die heute mit wenig Arbeitskräften die Verbandsfähigkeit bewältigen, eine Tätigkeit, die innerhalb der Kriegswirtschaft noch angestrengter ist als zuvor. Die Benutzung der zuschlagfreien Personenzüge bedeutet aber eine erhebliche Zeitverschwendung, die bei dem Mangel an Funktionären sehr spürbar wäre und daher nicht in Betracht kommt. Ebenso auf den Schnellzugverkehr angewiesen sind die Weisiger der Schlichtungsausschüsse, deren Tätigkeit für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes unerlässlich ist und nicht minder sind die genannten Zuschläge eine große und ungerechte Härte gegenüber den vielen Tausenden von Arbeitern der Kriegswirtschaft, die entweder als von der Heeresverwaltung Verurlaubte oder auf Grund des Hilfsdienstgesetzes in Arbeit an Orien stehen, die von ihren Wohnorten weit entfernt sind. Diese Arbeiter sind daher ihren Familien entzogen und haben nur gelegentlich die Möglichkeit, wenige Tage Urlaub zum Besuche der Familie zu nehmen. Wenn also die Zuschläge überhaupt nicht besser ganz beseitigt werden, dann sollte zum mindesten eine Erleichterung für gewisse Kategorien von Reisenden, deren Reisen im öffentlichen Interesse notwendig sind, geschaffen werden.

Die Generalkommission hat unter dem 16. und 17. November zwei Eingaben an den preussischen Eisenbahnminister, Excellenz v. Breitenbach gerichtet, die eine Regelung in diesem Sinne befürworten. Es wird darin angeregt, Gewerkschaftsfunktionären bei Dienstreisen für ihre resp. Verbände, Mitglieder von Schlichtungsausschüssen bei Reisen zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse, und Arbeitern der Kriegswirtschaft bei Urlaubreisen zum Besuche ihrer Familie Vereitlung von der Zahlung der Zuschläge zu bewilligen. Wir bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung sich den sehr gewichtigen Gründen, die für eine solche Regelung sprechen, nicht verschließt, wenn sie nicht auf die ganze Einrichtung der Zuschläge überhaupt abzuweichen zu können.

## Helfet der Mutter und dem Kind!

Von Hermann Kräpzig.

Herr Universitätsprofessor Dr. med. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Auguste-Victoriabaus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich, sprach am Donnerstag, den 22. November, in einer Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins, die im Abgeordnetenhause stattfand und fast nur von Frauen besucht war, über: Das Kind!

Um es gleich am Anfang zu sagen: Der Vortrag hielt nicht, was man von ihm erwartete. Man erwartete, daß ein Mann von der Autorität des Referenten auf dem Gebiete des Säuglingswesens beleuchten würde, die Gefahren, die der Säuglingsernährung drohen, durch die ungenügende Ernährung der stillenden Mutter. Heute fingt man in allen Tonarten das hohe Lied von der stillenden Mutter, ohne, wie es scheint, auch nur daran zu denken, daß Voraussetzung ist für das Stillsitzen des Säuglings eine ausreichende Nahrung für die stillende Mutter. Aber wie sieht es denn damit aus? Ein ganzes Fund Mühlenfabrikate für den Monat und täglich einen Liter Milch, das ist alles, was der Staat heute übrig hat für die stillende Mutter. Natürlich muß sie, je größer das Kind wird, körperlich immer mehr herunter kommen. Kommt dann eine solche unterernährte stillende Mutter körperlich bis zur Entkräftung herunter, so wird sie natürlich ermahnt, doch das Kind abzusetzen; was dann häufig genug geschieht; natürlich zum schweren Nachteil des Säuglings. Denn da andere Ernährungsmittel für den Säugling heute sehr zweifelhafter Natur und nicht geeignet sind, die kleine Menschenspindel zu machen, daß sie den Kampf gegen die vielen Feinde des Säuglings siegreich bestreift, ist es heute mehr denn je notwendig, dafür zu sorgen, daß die Mütter in der Lage sind, ihre Neugeborenen recht lange zu stillen. Und Pflicht eines Referenten über das Kind im Kriege wäre es dann doch gewesen, die Forderung aufzustellen, den stillenden Müttern genügend milchfördernde und kräftigende Lebensmittel zu geben, damit das Kind auch ausreichend gefüllt wird.

Leider hat Herr Prof. Dr. Langstein darüber kein Wort verloren. Man konnte erwarten, daß die stillende Mutter und der Säugling vom Standpunkt der Ernährung aus als Einheit behandelt und für sie die dringende Forderung aufgestellt werden würde, es müsse unbedingt für ausreichende Ernährung der stillenden Mutter gesorgt werden.

Anstatt dessen aber vernahm die Zuhörer ganz andere Töne. Professor Langstein meinte: Das Kindermaterial sei jetzt ebenso lebensfähig wie früher. Die Entwicklung der Säuglinge sei tadellos. Er könne nur wiederholen, was er schon an anderen Stellen gesagt habe, daß es gegenwärtig im Deutschen Reich keinen Menschen gebe, dem es so gut gehe wie dem Säugling. Er habe dieselbe Menge Milch, genügend Zucker und könne nicht überernährt werden.

Das war alles, was wir über das so unendlich wichtige Gebiet der Existenzverhältnisse des Säuglings hörten. Und doch war es genug. Herr Prof. Dr. Langstein wollte das Thema behandeln ohne Sentimentalität und ohne Beschönigung. Von Sentimentalität war nichts zu hören, um so mehr aber von Beschönigung.

Durch solche Beschönigung unhaltbarer Zustände wird gerade den stillenden Müttern großes Herzleid zugefügt, die täglich in der bange Sorge leben, daß sie bei dem Ernährungsjammer wegen eigener Entkräftung gezwungen sein werden, ihren Liebling abzusetzen. Wie falsch die Ansicht ist, daß es die Frauenmilch in derselben Menge gäbe wie früher, wird jede stillende Arbeiterfrau alle Monate attestieren. Solange sie genügend Mühlenfabrikate haben, um reichlich Suppen zu genießen, solange gibt es reichlicher Frauenmilch. Wenn es aber keine Suppen mehr gibt, was für einen großen Zeitraum des Monats der Fall ist, dann gibt es auch nicht die, dieselbe Menge Frauenmilch wie bisher. Deshalb muß gesagt werden: In Wahrheit liegen die Dinge so, daß mit Ausnahme der Säuglinge in den wohlhabenden Familien die Säuglinge noch von keiner größeren Gefahr bedroht gewesen sind wie von dem Ernährungsjammer im vierten Kriegswinter. Das offen auszusprechen ist heutige Pflicht gegenüber den Säuglingen und ihren Müttern. Wer diese Gefahr abwenden will, der beschönige nicht unhaltbare Zustände, sondern verlange, daß den stillenden Müttern wenigstens ausreichende Mengen Mühlenfabrikate, Brot und Butter gegeben werde, sonst wird das Stillgeschäft bald einen unheilvollen Rückschlag erleben.

Für die Kinder im schulpflichtigen Alter genügen Herrn Prof. Dr. Langstein die Nationen nicht ganz. Aber er sagte, er habe gefunden, daß das Aussehen dieser Kinder in einem sehr erfreulichen Verhältnis stehe zu den ungenügenden Nationen. Die Kinder seien noch in gutem Ernährungszustand, was allerdings oft zurück zu führen sei auf Ernährungsopfer der Mütter. 1916 seien in Berlin beim Schuleintritt noch 95 Proz. in gutem Ernährungszustand gewesen, 1917 aber nur noch 91 Proz. Wenn auch eine Abnahme des Gewichts noch keine Krankheit sei, so prädestiniere die Abnahme des Gewichts bei den minder bemittelten Kindern zur Krankheit. Auf die Tuberkulose habe in allen kriegführenden Ländern der Rückschlag der Ernährung einen ungünstigen Einfluß gehabt. Die Tuberkulose der Kinder nahm Karl zu. Zugenommen hätten auch die Krankheiten, die zurückzuführen seien auf mangelnde Reiniguna. Im allgemeinen genommen sieht aber trotzdem Herr Prof. Dr. Langstein als Einfluß des Krieges auf das Leben des Kindes „nur eine gewisse, keineswegs gefährliche Einwirkung auf gewisse Kinderkreise“.

Als Aufgaben der Zukunft betrachtet er die Forderung ausgedehntesten Kinderschutzes. Ein ungleich verschärfter Kampf gegen die Tuberkulose sei das Erste. Es müsse eine frühzeitige Heilbehandlung tuberkulöser Kinder in Heilstätten des Hochgebirges einleiten. Wohnungselend und Kinderelend hingen eng zusammen. Ein großzügiges Siedlungsweesen sei nötig, um dem Kinde mehr Licht und Luft zu geben. Das Idealste wäre, alle Kinder unter ärztliche Aufsicht zu bekommen und gewissermaßen über jedes Kind Buch zu führen. Die Kinderfürsorge, die heute 10 bis 15 Proz. der Kinder umfasse, müsse dahin erweitert werden daß ihr 70-80 Proz. unterstehen.

Wir müßten Kindern erziehen zur Erziehung von Menschen. Die Mütter müßten auf allen Gebieten der Kinderpflege vorgebildet werden. Daher müsse die Kinderfürsorge schon in die Schule hineingezogen werden. Die Gesundheitspflege müsse Gegenstand des Unterrichts werden. Die Städte hätten in vorbeugender Weise viel zu wenig für die Kinderfürsorge getan. Wenn das jetzt im Kriege besser geworden sei, so müsse darauf geachtet werden, daß dieses Feuer nicht wieder verlösche.

Dieses Zukunftsprogramm des Kinderschutzes wird in der Sozialdemokratie über den wärmsten und eifrigsten Bekämpfer haben. Wir wollen aber vor der Zukunft die Gegenwart nicht vergessen, darum rufen wir: Helft den stillenden Müttern!

## Parteinachrichten.

### Für Frieden und Freiheit.

In Mainz sprach am Sonnabend Reichstagsabgeordneter Genosse Scheidemann in einer von mehreren Tausend Personen besuchten Versammlung über „Verständigungsfrieden, Vaterlandspartei und Sozialdemokratie“. Einstimmig sprachen sich die Versammelten durch eine Resolution nachdrücklich für die Demokratisierung Deutschlands aus. Sie erklärten auch ihr Einverständnis mit der vom Reichstag am 19. Juli beschlossenen Resolution, begrüßten die Ertragenslasten der Arbeiter in der russischen Revolution und wünschten ihnen weiteren Erfolg bei ihrer schwierigen Aufgabe zur Vorbereitung eines demokratischen Friedens, der sowohl für Deutschland wie für alle anderen Länder die freie wirtschaftliche Entwicklung sichert.

Vor einer mehrtausendköpfigen Versammlung in Magdeburg sprach am Sonnabendabend Reichstagsabg. Genosse Schöpflin über die Frage „Gewalt oder Verständigungsfrieden?“. Die Zuhörer begleiteten die Ausführungen des Redners mit fortgesetzten Beifallsäußerungen, sodas zum Schluß einstimmig eine Entschärfung angenommen wurde, die einleitend das Waffenstillstandsangebot der bolschewistischen Regierung in Rußland begrüßt und dann den Abschluß eines Verständigungsfriedens ohne Vergewaltigung eines Volkes fordert, gegen die Väterlandspartei und die sofortige Durchführung der politischen Gleichberechtigung und die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt. Ein Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie polemisierte als einziger Redner gegen Gen. Schöpflin, ohne indes irgendwelche Gegenliebe in der Versammlung zu finden.

Weitere Versammlungen zur Demonstration für einen Verständigungsfrieden sowie freiheitliche Reformen im Innern fanden in Kottbus, Forst, Fürstentum und Guben statt. Dieselben waren durchweg stark besucht. In Kottbus und Fürstentum referierte Gen. Stäblein, in Forst Gen. Müller vom Parteivorstand und in Guben Gen. Ebert. In allen Versammlungen gelangten Entschärfungen zur Annahme, welche das Festhalten an einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kriegesentscheidungen sowie die sofortige Durchführung freiheitlicher Reformen im Innern fordern und die Treibereien der Vaterlandspartei und Nützungspolitiker verurteilen. In Fürstentum suchte ein Unabhängiger die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion herabzusetzen. Er wurde vom Gen. Stäblein unter Verfall der Versammlung gebührend abgeföhrt.

### Einer von der alten Garde.

In Zürich starb Kaiserrot Karl Marx Schöpfi, der in den Sturm- und Drangzeit der Berliner Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle spielte. Als Tinsdorf ungeliebten Angehörigen die Gerichte für die reaktionäre Staatsräson und seinen eigenen Ehrgeiz mißbrauchte, da wagte er ein Tänzen mit dem berühmtesten Staatsanwalt. Einer der Redakteure der „Berliner Freien Presse“ nach dem andern wanderte ins Gefängnis. Trotzdem übernahm der Buchhändler Karl Marx die verantwortliche Redaktion, die ihn auch prompt mit den Gerichten in unangenehme Verührung brachte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wanderte Marx in die Schweiz aus, wo er in der politischen und Gewerkschaftsbewegung eine gediehte Stellung einnahm und in den Züricher Kantons- und Staatsrat gewählt wurde.

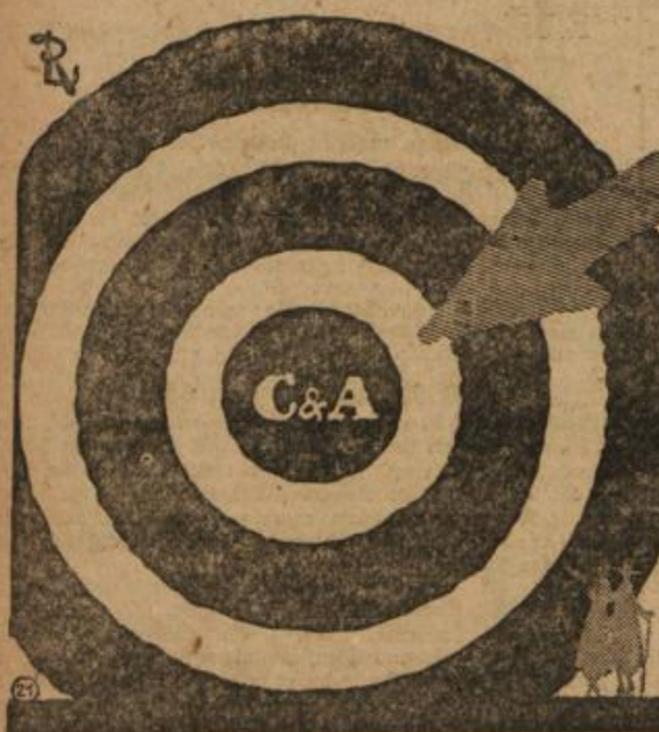
## Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugendheim Berlin, Lindenstr. 3. Heute Dienstag Spiel- und Unterhaltungsabend. Beginn 7 Uhr abends. Spiele und Scherzen liegen in reicher Auswahl aus. Jeder Jugendliche ist willkommen!

Arbeiterjugend Charlottenburg. Heute Dienstag abends 8 Uhr, im Jugendheim, Kolonnenstr. 4. Vortrag von Hrl. Schmidt-Kab: Die Volkshilfe und Volkstänze russischen.

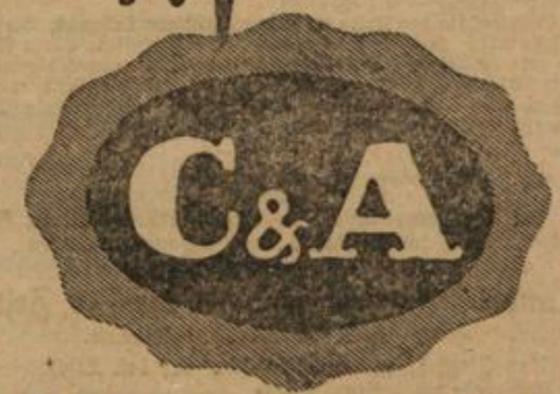
Verantwortlich für Politik: Erik Kastner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reinhold; für Inserate: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin-Siggenhagen, Verlagsgesellschaft, Berlin SW.

Elektra 1. Verkauf und Unterhaltungsbüro.



# Der Treffpunkt

Immer gewaltiger schwillt die Zahl der heutigen Damen an, die, wenn es sich um Damenkleidung handelt, unsere Geschäfte aufsuchen. Immer intensiver werden infolgedessen unsere Anstrengungen, um auch weiterhin allen Anforderungen unserer Kundschaft - natürlich im Rahmen des Erlaubten - gerecht zu werden.



**Rönigstr. 33** **Chausseest. 113**

Am Bodendhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!